



Staatssekretär Günther Horzetzky, Oberbürgermeister Ullrich Sierau, IHK-Präsident Udo Dolezych, Landrat Michael Makiolla und IHK-Hauptgeschäftsführer Reinhard Schulz.

Fotos: IHK/Philipp

Unternehmen sind das Rückgrat

„In den Medien hat das Wort ‚Krise‘ gegenwärtig Hochkonjunktur: Eurokrise, Schuldenkrise, Vertrauenskrise und einige Krisen mehr. Doch wird von einer ganz bestimmten Krise nicht gesprochen – nämlich der Wirtschaftskrise.“

Zu Recht, wie die jüngsten Ergebnisse einer von der IHK in Auftrag gegebenen Konjunkturumfrage eindrucksvoll belegen. Die Unternehmen, die nach der weltweiten Finanzkrise 2008/2009 für einen Aufschwung XXL sorgten, werden auch der europäischen Staatsschuldenkrise selbstbewusst die Stirn bieten.“ Mit diesen optimistischen Worten begrüßte der Präsident der IHK zu Dortmund, Udo Dolezych, die mehr als 700 Gäste beim traditionellen Jahresempfang am 5. Dezember im Großen Saal der IHK.

Im Hinblick auf die sich zuspitzende Lage im Euroraum stellte Dolezych fest, dass es sich in erster Linie nicht um eine Bankenkrise, sondern um eine Staatsschuldenkrise handele. Die Lösung dieser Krise müsse innerhalb eines freiheitlichen Staatenbundes und nicht in einem fiskalischen Bundesstaat gefunden werden, in dem zentral umverteilt wird. Kein Staat dürfe sich aus der eigenen Verantwortung und Haftung verabschieden.

Eine aktuelle IHK-Umfrage spreche eine deutliche Sprache: Über 90 Prozent der rund 600 befragten Unternehmen be-

werten die gegenwärtige Geschäftslage als befriedigend oder sogar als gut. Damit konnte der Vorjahreswert nochmals leicht um 0,8 Prozentpunkte übertroffen werden.

Ebenfalls positiv fällt der Blick in die Zukunft aus. 86,2 Prozent der Unternehmen aus Dortmund, Hamm und dem Kreis Unna gehen von einer gleich bleibenden oder sogar sich verbessernden Wirtschaftslage in der ersten Hälfte des kommenden Jahres aus. Lediglich 13,8 Prozent gehen von einer Verschlechterung der Situation aus, womit der Anteil der Optimisten (19,3 Prozent) denjenigen der Pessimisten deutlich überträgt.

Ähnlich gut sehen die Antworten bei den Beschäftigtenzahlen aus. Während noch nicht einmal jedes zehnte Unternehmen von sinkenden Beschäftigtenzahlen ausgeht (9 Prozent), erwarten fast 80 Prozent der Betriebe keine Veränderung. Immerhin knapp 13 Prozent kün-



Der Jahresempfang war mit mehr als 700 Gästen auch diesmal wieder sehr gut besucht.

in der Eurokrise

digen steigende Beschäftigtenzahlen in ihrem Unternehmen an. Auch bei der Investitionsbereitschaft kann ein insgesamt erfreuliches Fazit gezogen werden. Während eine deutliche Mehrheit von 66,4 Prozent der Unternehmen keine Veränderungen erwartet, planen 17 Prozent der Unternehmen sogar eine verstärkte Investitionstätigkeit.

Energiewende belastet

Der Präsident forderte mit Blick auf notwendige Kraftwerks- und Leitungsbauten Planungssicherheit für die Industrie. Die Energiewende werde zu erheblichen Kosten für Haushalte und Unternehmen in Milliardenhöhe führen. Gerade das Energie- und Industrieland NRW sei darauf angewiesen, dass die deutlichen Mehrbelastungen die konjunkturelle Situation nicht beeinträchtigen. Das Tempo der Energiewende hänge unmittelbar vom

Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze ab. Doch die Politik, so Dolezych, schenke diesem Thema nicht die dafür erforderliche Aufmerksamkeit. Zudem seien zusätzliche Gas- und Kohlekraftwerke notwendig, um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können. Die vereinbarte Absage an die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland müsse konsequent zu Ende gedacht werden.

Zunehmende Sorge bereitet Dolezych auch der Fachkräftemangel, der in einigen Branchen bereits konkret spürbar sei. Umso fataler sei es, dass das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit in der Region immer noch als ungelöst betrachtet werden müsse. „Wir können nicht Menschen aus dem Ausland herbeirufen, ohne alles daran zu setzen, dass unsere eigenen Leute in Arbeit kommen“, forderte der IHK-Präsident. Auch die Unternehmen müssten ihren Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten.

»Wir müssen junge Menschen noch besser bilden und ausbilden, ältere Menschen verstärkt weiterbilden und beschäftigen und den Frauen mehr Möglichkeiten schaffen, Familie und Beruf zu vereinbaren.«

Udo Dolezych, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund



oben v.l.:

- Karin Dicke
- Dr. Antje Ahrens
- Ania Hardukiewicz
- Mariana González Alberti
- Jutta Mewes
- Dr. Josef Pultuskier
- Marlies Gregg
- Markus Sträter
- Martin Köpke
- Britta Feiler
- Stefan Schreiber
- Hans J. Hesse



Sein Appell lautet daher: „Wir müssen junge Menschen noch besser bilden und ausbilden, ältere Menschen verstärkt weiterbilden und beschäftigen und den Frauen mehr Möglichkeiten schaffen, Familie und Beruf zu vereinbaren.“

Ein besonderes Augenmerk legte Dolezych auf die Geringqualifizierten in der Region Dortmund, die von Arbeitslosigkeit deutlich stärker bedroht seien als beispielsweise Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einem Hochschulabschluss. Dies habe seiner Ansicht nach auch Konsequenzen für die Arbeitsvermittlung, die noch stärker das jeweilige Qualifikationsniveau be-

rücksichtigen müsse. Der IHK-Präsident fasste es so zusammen: „Diese Menschen, die ohne berufliche Bildung, aber mit Sorgfalt und Zuverlässigkeit sich wiederholende Tätigkeiten ausüben könnten, die brauchen wir auch.“ Außerdem belegen die Zahlen, dass die Geringqualifizierten alles andere als ein Nischenthema seien. Mehr als ein Drittel der Unternehmen, die an der bereits zitierten IHK-Umfrage teilgenommen haben, bieten sogenannte Einfacharbeitsplätze an (35,9 Prozent).

Für Dolezych ist die Frage einer möglichst niedrigen Arbeitslosenquote auch von gesellschaftspolitischer Relevanz. Sozialer Frieden gehe für ihn Hand in





Hand mit wirtschaftlicher Prosperität. Im europäischen Ausland lassen sich unrühmliche Beispiele finden, wie eine soziale Schieflage den gesellschaftlichen Konsens schnell brüchig werden lässt.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit

Gute Arbeitsmarktzahlen seien das Ergebnis ganz unterschiedlicher Bemühungen. Hierzu gehöre beispielsweise ein optimiertes Übergangsmanagement Schule-Beruf und eine angemessene Berücksichtigung von Wirtschaftsthemen im schulischen Unterricht. Dolezych: „Aktive Teilnahme in unserer Gesell-

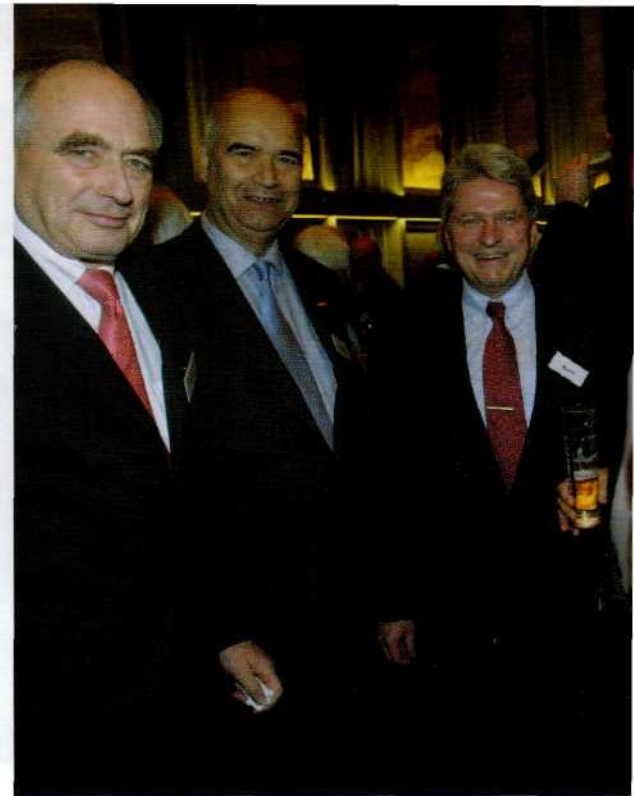
schaft können wir nur erwarten, wenn wir den jungen Menschen zumindest die wichtigsten ökonomischen Zusammenhänge erklären.“

Die Industrie- und Handelskammer werde sich aktiv an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beteiligen, unterstrich der IHK-Präsident. Er kündigte eine neuartige Medienkooperation mit der Arbeitsagentur Dortmund und dem JobCenter sowie „Radio 91,2“ an. Ab Anfang kommenden Jahres sei wöchentlich ein Sendebeitrag vorgesehen, um die Zusammenführung von Arbeitsuchenden und freien Stellen in Unternehmen noch effizienter zu gestalten.

unten v.l.:

- Heinrich Frommknecht
- Prof. Dr. Ottfried Dascher
- Hans Klütting
- Claus-Dieter Weibert
- Wolfgang Hauth
- Heinz-Herbert Dustmann
- Andreas Heiermann
- Marion und Boris Edelhoff
- Wim Gelhardt
- Kirsten Mitsalis-Bauer
- Lutz Duvernell
- Wolfgang Thönes
- Dirk Rutenhofer





oben v.l.:

- Dr. Michael Kohler
- Stefan und Christian Zurbrüggen
- Gerhard Gotthard
- Reinhold Semer
- Otto Kentzler
- Michael Mantell
- Dr. Ernst Faltz
- Reinhold Schulte
- Dr. Ralf Mittelstädt
- Prof. Dr. Bodo Risch
- Michael Radau
- Joachim Punge
- Prof. Eckhard Gerber
- Martin Dreier

Dolezych: „Mit den Medien erreichen wir einfach viel mehr Menschen. Ich bin sicher, dass wir 2012 mit dieser Aktion zu verbesserten Ergebnisse beitragen können.“ Dieses Angebot soll mit den Partnern „Antenne Unna“ und „Radio Lippe Welle Hamm“ auf den Kreis Unna und die Stadt Hamm ausgeweitet werden.

Trotz munter sprudelnder Steuereinnahmen wachse weiterhin der Schuldenberg in Kommunen, Ländern und im Bund. Diese Diskrepanz ist für Dolezych weder verständlich, noch spreche sie für die Anstrengungen in der Finanz- und Haushaltspolitik – im Gegenteil. Seine Feststellung lautet: „Wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausga-

benproblem.“ Zudem entsprächen die Leistungen der öffentlichen Hand nicht einem Hochsteuerland, welches Deutschland faktisch sei. Der Schwerpunkt der Ausgabenverteilung sei verstärkt auf den Bildungsbereich zu setzen, denn dort getätigte Investitionen hätten den größten Nutzen für die Zukunft des Landes. Aufgrund der steigenden Steuereinnahmen erteilte der IHK-Präsident allen Überlegungen, die Steuerbelastungen nochmals hochzuschrauben, eine klare Absage.

Zum Abschluss seiner Rede hatte der IHK-Präsident für die Unternehmen noch eine weitere gute Nachricht. Zum sechsten Mal in Folge senkt die IHK zu Dortmund den Umlagesatz.

rechts v.l.:

- Monika Block
- Prof. Dr. Hartmut Holzmüller
- Erika M. Kühner
- Marie-Christine Ostermann
- Justin Leonhard Kassel
- Dirk Holtermann
- Dr. Ansgar Fendel





Weitere Ergebnisse der START-Umfrage

Die IHK zu Dortmund hatte anlässlich der aktuellen Konjunkturumfrage nicht nur Fragen zur ökonomischen Entwicklung der Unternehmen im engeren Sinne gestellt, sondern darüber hinaus beispielsweise wissen wollen, wie sich im kommenden Jahr die Exporte entwickeln werden. Die Antworten stimmen optimistisch: 28,5 Prozent der befragten Betriebe, die außenwirtschaftlich aktiv sind, gehen von steigenden Exportzahlen aus, während lediglich 11,1 Prozent eine schlechtere Entwicklung erwarten. Eine deutliche

Mehrheit der befragten Unternehmen hat hingegen keinen Anlass, von einer Veränderung der gegenwärtigen Exportquote auszugehen (60,4 Prozent).

Die Forschungsinstitute prognostizieren für das Jahr 2012 in Deutschland ein Wirtschaftswachstum von rund 0,8 Prozent. Die IHK hat die Unternehmen daher auch gefragt, inwieweit sie diese bundesweite Prognose für das eigene Unternehmen für realistisch halten, das heißt ob das Unternehmen in vergleichbarem Maße wächst. Hier ist das Ergebnis recht uneinheitlich. Auf der einen

Seite ist erfreulich, dass knapp mehr als jedes zweite Unternehmen die Prognose für realistisch hält oder sogar ein höheres betriebliches Wachstum erwartet (55,6 Prozent). Auf der anderen Seite sind es immerhin 40,8 Prozent, die ein geringeres Wachstum oder sogar eine Stagnation für realistisch halten.

Von Interesse ist natürlich auch, welche Bedeutung aus Sicht der Unternehmen die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Megatrends für den Kreis Unna und die Städte Dortmund und Hamm haben. An der Spitze der Bedeutungsskala (1 = „sehr wichtig“ bis 5 = „sehr unwichtig“) steht die „technische Innovation“ (1,59), gefolgt vom „Demografischen Wandel“ (1,75). Etwas weniger wichtig, aber nicht als unbedeutend werden die Megatrends „Globalisierung“ (2,32) und „Grünes Denken“ (2,28) gesehen. Eine mittlere Position nimmt der Megatrend „Wissensbasierte Wirtschaft“ (1,89) ein.

Abschließend hat die IHK die Unternehmen gefragt, wie attraktiv sie den Standort alles in allem finden. Das Ergebnis stimmt optimistisch: Mehr als jedes zweite Unternehmen (55,1 Prozent) bewertet das Westfälische Ruhrgebiet als „sehr attraktiv“ oder „attraktiv“.

